

Trotz Verlusten deutlicher Sieg für die Europäische Volkspartei

Mai 2014

EUROPAWAHL 2014 – ERGEBNISSE UND ERSTE BEWERTUNG

www.kas.dewww.eukas.eu

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat zum vierten Mal in Folge die Wahl zum Europäischen Parlament gewonnen. Sie wird voraussichtlich mit 213 Sitzen vertreten sein (Stand 26. Mai, 16h00). Zweite Kraft sind die Sozialisten (S&D), die mit rund 190 Sitzen ihr Resultat entgegen den Prognosen kaum verbessern konnten. Als dritte Kraft können sich trotz einiger Verluste die Liberalen (ALDE) halten. Die Grünen (Grüne/EFA) verlieren vorerst weniger als erwartet. Die Europäischen Konservativen (ECR) fallen vorläufig unter 50 Sitze. Die Kommunisten (GUE/NGL) können zulegen, wenngleich die Zugewinne schwächer ausfallen als erwartet. In mehreren Ländern können euroskeptische Parteien große Zugewinne verbuchen. Eine vom Front National angeführte neue euroskeptische Fraktion könnte sich auf rund 35-40 Sitze im Europäischen Parlament (EP) stützen. Während sich das Kräfteverhältnis zwischen EVP und S&D trotz einiger möglicher Verschiebungen nicht mehr grundsätzlich ändern sollte, sind bei den kleineren Gruppen aufgrund zahlreicher neuer Parteien im EP noch Verschiebungen zu erwarten. Die Zahlen für die Stärke der einzelnen Fraktionen sind mithin nur vorläufig.

Erstmals seit der Einführung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 ging die Wahlbeteiligung nicht weiter zurück, sondern stieg minimal von 43% auf 43,1%. Die Entwicklung in den verschiedenen Mitgliedstaaten ist allerdings sehr unterschiedlich.

Wahlergebnis

In einigen Ländern sind die Auszählungen noch nicht abgeschlossen, somit basieren die folgenden Zahlen teils auf den vorläufigen amtlichen Endergebnissen, teils aber nur auf Hochrechnungen. Da in einigen Ländern Vorzugsstimmen auszuführen sind, wird teilweise erst am Freitag feststehen, welche Abgeordneten es tatsächlich auch ins EP schaffen:

Das vorläufige Ergebnis:

Die EVP wird erneut mit 213 (28,4%) Abgeordneten stärkste Fraktion, verliert aber rund 60 Abgeordnete, insbesondere in den großen Mitgliedstaaten Italien, Frankreich, Deutschland und Spanien.

Die Sozialisten (S&D) können sich im Vergleich zum schlechten Ergebnis von 2009 nur minimal verbessern und kommen nur auf 190 Sitze (25,3%).

Dritte Kraft bleiben trotz starker Verluste die Liberalen mit rund 64 Sitzen (8,5%). Die Grünen verlieren kaum und erhalten 53 Sitze (7,1%). Die europakritischen Europäischen Konservativen verlieren rund 10 Sitze und kommen nur noch auf 46 (6,1%). Die antieuropäische EFD gewinnt dank des starken UKIP-Ergebnisses in Großbritannien mehrere Sitze hinzu und käme auf insgesamt 38 (5,06%).

Bisher fraktionslose und neue Mitglieder die noch keiner Fraktion angehören, machen insgesamt rund 105 Abgeordnete und damit ca. 13% des Europäischen Parlaments aus. Darunter finden sich sowohl zahlreiche rechtspopulistische und antieuropäische Parteien wie der Front National, die niederländische PVV oder die österreichische FPÖ

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

oder Rechtsextreme aus Griechenland, Ungarn und Deutschland. Daneben finden sich aber auch Protestparteien wie die Movimento Cinque Stelle und diverse Kleinparteien.

Die Zahl der Links- und Rechtsextremen, der Populisten und Europagegner nimmt deutlich zu. Insgesamt müssen mehr als ein Fünftel der EU-Abgeordneten diesem Lager zugeordnet werden. Erstmals stellen in mehreren Mitgliedstaaten (Frankreich, Großbritannien, Griechenland) Europagegner die größte Abgeordnetengruppe.

Dennoch wird es im kommenden Europaparlament eine tragfähige arbeitsfähige Mehrheit geben. Die vier proeuropäischen Kräfte erhalten zusammen fast 70% der Stimmen. Hinzu kommen die Europäischen Konservativen, die zwar gemäßigte Euroskeptiker sind, sich aber bei vielen Themen letztlich doch in den Arbeitsprozess im EP eingebracht haben.

Die Hoffnung, dass die Wahlbeteiligung 2014 etwas besser ausfallen könnte, hat sich nicht erfüllt. Mit 43,1% liegt sie minimal über derjenigen von 2009 (43%); im ersten Jahr der Direktwahl 1979 lag die Beteiligung bei 61,99 Prozent). Erstmals gelang es aber zumindest, den 1979 begonnenen Abwärtstrend aufzuhalten. Insgesamt zeichnet sich ein differenziertes Bild ab: In den meisten mittelosteuropäischen Ländern liegt die Wahlbeteiligung nach wie vor deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Schlusslicht war erneut die Slowakei, mit dem Negativrekord von 13%. Auch in Tschechien lag die Wahlbeteiligung bei unter 20%. Höher war die Wahlbeteiligung (über 50%) - sieht man ab von den Ländern mit Wahlpflicht - in Italien, Griechenland, Schweden, Dänemark und Irland zu verzeichnen, wo über die Hälfte der Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. In neun der neuen Mitgliedstaaten war die Wahlbeteiligung teils dramatisch niedrig (Ausnahmen: Rumänien, Bulgarien, Litauen). In mehreren „alten“ Mitgliedstaaten ist sie hingegen gestiegen (Vereinigtes Königreich, Deutschland, Frankreich, Griechenland) oder zumindest mehr oder minder konstant geblieben (Österreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Spanien).

Mögliche Erklärungsansätze:

1. Die Spitzenkandidaten der Europäischen Parteien sind in den alten Mitgliedstaaten noch eher ein Begriff als in den neuen Mitgliedsländern und haben dort sicherlich in einigen Ländern zu einer verstärkten Sichtbarkeit geführt. Möglicherweise fehlen auch europäische Gallionsfiguren aus den neuen Mitgliedsländern mit denen eine stärkere Bindung zu den Brüsseler Institutionen einhergehen könnte.

2. In mehreren „alten“ Mitgliedstaaten fanden parallel andere Wahlgänge, wie etwa Kommunalwahlen statt.

Auch diese Europawahlen wurden letztlich vor allem durch nationale Gegebenheiten entschieden. Eine Analyse des Wahlergebnisses ist deshalb ohne gründliche Untersuchungen der nationalen Wahlkämpfe nicht möglich. In vielen Ländern wurde die Regierung vom Wähler abgestraft, wie etwa in Frankreich, Niederlanden, Großbritannien, Griechenland, Irland, Dänemark und Slowenien. Allerdings gibt es abgesehen von Deutschland (z. B. Lettland, Italien Ungarn, Rumänien, mit Abstrichen auch Polen) auch Gegenbeispiele.

Bemerkenswert ist das unterschiedliche Abschneiden von dezidiert proeuropäischen Parteien in tendenziell europakritischeren Ländern: Während beispielsweise die linksliberale D66 in den Niederlanden deutliche Zugewinne verbuchen konnten, mussten die Liberal Democrats in Großbritannien teils schwere Einbußen hinnehmen.

Fraktionsbildung

Zu Beginn der letzten Juniwoche sollten sich die Fraktionen konstituiert haben. Die Zugehörigkeit zu einer Fraktion ist im Europäischen Parlament Voraussetzung für die Übertragung von Ausschuss- und Delegationsvorsitz, aber auch für die Verteilung der Posten der Berichterstatter. Ohne Fraktionszugehörigkeit sind die Einwirkungs- und Arbeitsmöglichkeiten eines Europaabgeordneten äußerst begrenzt. Mithin ist davon auszugehen, dass die Zahl der Fraktionslosen in den kommenden Wochen von über 100

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

deutlich sinken wird. Davon werden vor allem die kleineren Gruppen und wohl auch die künftigen antieuropäischen Fraktionen profitieren. EVP und S&D können aus dieser Gruppe kaum auf Zugewinne hoffen. Allerdings sind Wechsel innerhalb der Fraktionen nicht auszuschließen. So kündigte am Montagmorgen beispielsweise der Führer der rumänischen PNL, Crin Antonescu bereits an, dass die Abgeordneten seiner Partei die liberale Fraktion verlassen und sich der EVP anschließen könnten. Grund: Verhinderung eines sozialistischen Kommissionspräsidenten. Dies gilt ebenso für die kleineren Fraktionen. So ist es beispielsweise nicht unwahrscheinlich, dass die stärkste belgische Partei, die N-VA, im kommenden EP von den Grünen zur Fraktion der Konservativen wechselt, was beide Gruppen wieder auf Augenhöhe bringen könnte.

Für alle Fraktionen gilt aber, dass zahlenmäßige Stärke nicht automatisch Schlagkraft bedeutet. Trotz zunehmend geschlossenem Abstimmungsverhalten¹ bleiben die Fraktionen doch heterogen. Nationale Gruppen spielen nach wie vor eine prägende Rolle. Nationale Zerreißproben können sich zusätzlich negativ auf den Zusammenhalt auswirken. Deshalb ist es notwendig, auch die Zusammensetzung der Fraktionen zu prüfen.

EVP: Die großen Delegationen (Deutschland, Italien, Frankreich, Polen, Spanien) innerhalb der EVP haben allesamt an Sitzen verloren. Die deutsche Gruppe wird dennoch innerhalb der EVP mit 34 Abgeordneten die größte Gruppe stellen². Die polnischen EVP-Parteien werden zwar ebenfalls Sitze verlieren, aber dank einer Aufholjagd von PO und

PSL in den vergangenen Wochen immerhin 23 von 51 Sitzen und damit die zweitgrößte Delegation innerhalb der EVP-Fraktion stellen.

Bei den Sozialisten wird die SPD trotz Zugewinnen ihre Spitzenposition wohl an die italienische Gruppe abgeben müssen. Mit etwas Abstand folgen die Briten und die rumänische Delegation. Bei den Liberalen gibt es keine dominante Kraft, größte Gruppen sind Franzosen, Niederländer und Belgier. Bei Grüne/EFA sind die deutschen Grünen die mit Abstand größte Gruppe, bei den Kommunisten stellen die Griechen die größte Delegation, gefolgt von den deutschen Linken. In der ECR sind polnische und britische Konservative auf Augenhöhe und die dominierenden Kräfte innerhalb der Fraktion. Die beiden möglichen euroskeptischen Fraktionen würden wohl jeweils von einer großen Delegation, sei es UKIP, sei es der französische Front National dominiert.

Die Abschaffung der 3%-Sperrklausel zeigt bereits erste Wirkung: Die deutschen Gruppen sind nun innerhalb der verschiedenen Fraktionen nicht mehr so dominant wie noch in der vergangenen Legislaturperiode. Insgesamt wären sieben der 96 deutschen Abgeordneten mit der Sperrklausel nicht ins Parlament gekommen. Ein Zahlenvergleich zeigt dies deutlich: Während die Union in Deutschland nur 2,5 Prozentpunkte abgab, verlor sie fast 25% ihrer Sitze. Damit erfüllten sich die schlimmsten Befürchtungen der Wahlforscher bei den Christdemokraten. In Deutschland war die Union von maximal 7 Sitzen Verlust ausgegangen. Sie verzeichnete damit ihr schlechtestes Resultat bei Europawahlen in der Geschichte.

Das lag vor allem an dem Rückschlag in Bayern. Die CSU fiel auf 5 Sitze zurück. Dass es im Ergebnis nicht noch schlechter wurde, lag an den Zugewinnen der CDU in anderen Bundesländern, wie Baden-Württemberg, Brandenburg, Thüringen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

¹ Siehe Länderbericht des Europabüros vom 21. Mai: Europawahlen 2014 – Ausblick und erste Schritte:

<http://www.kas.de/bruessel/de/publications/37810/>

² Die Liste der gewählten Unionsabgeordneten: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawah-len/EU_BUND_14/ergebnisse/gewaehlte/partei/gewaehlte_partei_2.html

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

Bedeutung des Resultats für die EVP

Zum vierten Mal in Folge wird die EVP die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Die kluge Erweiterungspolitik der 90er und 2000er Jahre trägt mithin nach wie vor Früchte.

Zentrale Entscheidungen werden im EP nach wie vor nur gemeinsam mit ihr gemeinsam getroffen werden können.

Die EVP erreichte nach ihrem sehr guten Ergebnis von 2009 nun ein befriedigendes. Die Verluste in den großen Mitgliedstaaten fielen stärker aus als erwartet. In den südeuropäischen Ländern, in denen sie die Regierung führt, musste sie moderate Einbußen hinnehmen. In anderen Ländern wurde sie Opfer einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der politischen Klasse.

Diesen Verlusten steht eine bemerkenswerte Konstanz der EVP-Parteien in den mittelost- und südosteuropäischen Ländern gegenüber. Der Anteil der Abgeordneten aus diesen elf Ländern wird in der EVP-Fraktion von bislang 30% auf fast 40% wachsen. Dies könnte sich auch in der Postenzuteilung im EP widerspiegeln.

Diejenigen EVP-Parteien, die einen EU-kritischeren Kurs verfolgten, hatten damit in den meisten Fällen keinen Erfolg und mussten teils schwere Verluste einstecken. Beobachter in Brüssel sind sich einig: Die teils europakritische Kampagne half der CSU deshalb nicht, weil die Grundstimmung der christsozialen Wählerschaft proeuropäisch ist. Viele dieser Wähler wandten sich nicht anderen Parteien zu, aber blieben schlicht zuhause. Während sich mehr Deutsche als zuvor an der Wahl beteiligten, blieben in Bayern entgegen dem Trend mehr Wahlberechtigte den Urnen fern.

In Niedersachsen kam es trotz der Tatsache, dass David McAllister bundesweiter Spitzenkandidat der Union war, nicht zu einem Mc-Effekt: Zwar konnte die CDU hier über 200.000 Stimmen hinzugewinnen, da aber die Wahlbeteiligung sich um fast 9 Prozentpunkte erhöhte, fiel der Aufwuchs mit 0,2 Prozentpunkten doch mager aus. Das ist

deshalb erstaunlich, weil die Unzufriedenheit mit der Regierung Weil nach einem Jahr groß ist.

Europaskeptiker

Das Lager der Europaskeptiker und Populisten ist deutlich gewachsen. In vielen Ländern (Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien) haben sie in der Tat beachtliche Erfolge vorzuweisen. In anderen Ländern (Niederlande, Belgien, Finnland, Tschechien) bleiben sie hinter den eigenen Erwartungen zurück oder verschwinden gar (fast) vollständig von der Bildfläche (Rumänien, Bulgarien). Insgesamt ist jedoch sowohl auf der Linken wie auf der Rechten ein Anwachsen europakritischer oder gar europafeindlicher Kräfte festzustellen. Die Tatsache, dass erstmals europafeindliche Kräfte in den großen Mitgliedstaaten (Frankreich und Großbritannien) die stärkste oder die zweitstärkste Fraktion (Italien) stellen werden, ist Anlass zur Sorge. Insbesondere in den ersten beiden Ländern sorgt das starke Abschneiden dieser Kräfte für ein politisches Erdbeben.

Europakritische, antieuropäische und populistische Parteien verteilten sich in der vergangenen Legislaturperiode in die folgenden Gruppen: der konservativen ECR, der kommunistischen GUE/NGL, und der rechtspopulistischen EFD. Im kommenden Parlament stehen folgende Kräfte für diesen Kurs:

1. ECR: Die Gruppe der gemäßigt europakritischen Konservativen wird voraussichtlich fortbestehen. Sie wird die in der Geschäftsordnung des EP festgelegten Mindestvoraussetzungen (25 Abgeordnete, mindestens 7 Länder) wohl erfüllen. Sie kann trotz der auf den ersten Blick erlittenen Verluste in den kommenden Wochen auf Zuwachs hoffen. Die polnische PiS ist mit den britischen Tories auf Augenhöhe, das könnte für Diskussionen über Vorsitz der Delegation, aber auch für eine neue Dynamik in dieser ideologisch nicht immer sehr kohärenten Gruppe sorgen. Die ehemals so bedeutsame tschechische ODS schrumpft auf 2 Abgeordnete.

2. EFD: Hinter der bisher von UKIP angeführten Fraktion stehen noch Fragezeichen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

Durch das herausragende Abschneiden von UKIP hat die Gruppe sich zwar zahlenmäßig verbessert, allerdings könnte es schwierig werden, Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten zu sammeln. Einige ihrer Mitglieder könnten zum Bündnis von PVV und FN, der sog. European Alliance for Freedom wechseln. In den kommenden Wochen ist daher auch zwischen den euroskeptischen Kräften ein heftiger Wettbewerb um (Klein)Parteien zu erwarten.

3. FN-PVV Bündnis „European Alliance for Freedom“: Das Bündnis könnte die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, sofern es bei den Absichtserklärungen der möglichen Partner bleibt (außer PVV und FN noch Lega Nord, FPÖ, Vlaams Belang, Schwedendemokraten, SNS) und könnte rund 35-40 Sitze erlangen. Auch hier gilt, dass noch nicht abzusehen ist, welche weiteren Parteien der bislang Fraktionslosen sich möglicherweise der EFD oder doch dem neuen Bündnis anschließen.

4. GUE/NGL: Es greift zu kurz, sich bei der Frage der Euroskeptiker allein auf das rechte politische Spektrum zu fokussieren. Die Mitglieder der GUE/NGL vertreten ebenfalls euroskeptische oder gar antieuropäische Positionen: Es ist zu erwarten, dass diese Gruppe im kommenden EP stärker zu vernehmen sein wird als bisher, nicht zuletzt auch durch die starke Position der griechischen Syriza.

Zudem gibt es noch einige Unbekannte unter den Fraktionslosen: Es ist offen, welcher Fraktion sich die Anhänger des italienischen Movimento Cinque Stelle (Beppe Grillo) anschließen werden.

Am Tag nach der Wahl ist also noch unklar, welche Organisationsmacht die Euroskeptiker und populistischen Antieuropäer nach ihren Zugewinnen im neuen Parlament tatsächlich haben werden. Sicher ist, dass sie auch in der nächsten Legislaturperiode für Spektakel garantieren. Ihre Fähigkeit, sich in Fraktionen zu organisieren, könnte Auswirkungen auf die Verteilung der Ausschussvorsitze und damit auch auf die Arbeit des EP haben.

Wahl des Kommissionspräsidenten

Der Auftrag ist nach dieser Europawahl klar: Die Europäische Volkspartei soll auch den kommenden Kommissionspräsidenten stellen. Jean-Claude Juncker ist als offizieller Spitzenkandidat der natürliche Kandidat für diesen Posten.

Der Spitzenkandidat der Sozialisten, Martin Schulz kündigte bereits an, trotz der Niederlage den Kampf um das Amt des Kommissionspräsidenten nicht aufgeben zu wollen. Damit widerspricht er auch der von ihm selbst verkündeten Maxime, dass die Kür des Kommissionspräsidenten das Wahlergebnis widerspiegeln müsse. Versuche, gegen die EVP eine Mehrheit für sich zu gewinnen, dürften aber zum Scheitern verurteilt sein. Selbst eine – höchst fragile - Koalition aus Kommunisten, Liberalen, Sozialisten und Grünen hätte, wenn man die aktuellen Zahlen zugrunde legt, keine Mehrheit. Zudem ist es kaum vorstellbar, dass Liberale oder Kommunisten geschlossen für Martin Schulz abstimmen würden. Selbst die britischen Sozialisten hatten ja bereits im Wahlkampf generös auf Schulz' „Unterstützung“ verzichtet.

Mit einem Seitenhieb auf Martin Schulz machte EVP-Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker noch am Wahlabend klar deutlich, dass er sich nur mit Unterstützung proeuropäischer Kräfte wählen lassen würde. Angesichts des Wahlergebnisses betonte Juncker zudem, dass die beiden größten Fraktionen nun zusammenarbeiten und gemeinsame Lösungen finden müssten.

Dennoch stehen in den kommenden Wochen schwierige Verhandlungen bevor: Innerhalb des Europäischen Parlaments benötigt der künftige Kommissionspräsident eine zuverlässige Mehrheit, im Europäischen Rat eine qualifizierte Mehrheit der Staats- und Regierungschefs.

Selbst EVP und S&D gemeinsam verfügen im Europäischen Parlament wohl nur etwas über 400 Sitze und damit nur 25-30 mehr als für die Wahl des Kommissionspräsidenten nötig. Möglicherweise wird es daher notwendig sein, auch die ALDE in die Diskussi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

Mai 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

onen einzubeziehen, und auch mit ihr grobe Absprachen hinsichtlich Programm und Personen zu finden. Eine solche Dreierkoalition wird auch für einige Legislativvorhaben der kommenden fünf Jahre nötig sein. Beobachter halten es für möglich, dass die EVP-Fraktion sich zunächst den Rückhalt zumindest der ALDE holt, bevor man sich in intensivere Verhandlungen mit der S&D begibt.

Mehrere Staats- und Regierungschefs haben wiederum darauf hingewiesen, dass man sich den Kommissionspräsidenten nicht vom EP diktieren lassen wollte. Die Organisation einer qualifizierten Mehrheit für die Wahl des Kommissionspräsidenten wird zudem nicht einfach. Die Rückendeckung der Union für eine Kandidatur Schulz' halten Brüsseler Analysten nach dem Wahlausgang für ausgeschlossen. Selbst für den Fall eines Wahlsiegs der S&D wäre dies nur schwer vorstellbar gewesen.

Ausblick

Am 27. Mai treffen sich morgens die Fraktionsvorsitzenden zur Wahlnachlese. Am Nachmittag findet der EVP-Vorgipfel und danach das Abendessen der Staats- und Regierungschefs statt, die Herman van Rompuy das Mandat für Gespräche mit dem Europäischen Parlament über den künftigen Kommissionspräsidenten erteilen werden. Am 4. Juni treffen sich erstmals die Gruppen. Die Fraktionsbildung und die Einigung auf die wichtigsten Posten innerhalb des Parlaments sollten bis Ende Juni abgeschlossen sein. Beim EU-Gipfel am 26./27. Juni könnte der Europäische Rat dann seinen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlagen. Die konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments findet am 1. Juli statt, die Ausschüsse könnten in der darauf folgenden Woche gebildet werden. In der Plenartagung vom 15./16. Juli könnte dann das Votum über den Kommissionspräsidenten erfolgen.

ANHANG

Wahlergebnis (Stand, 26. Mai, 16h00)

Aufschlüsselung nach Mitgliedstaaten

	EVP	S&D	ALDE	Grüne EFA	ECR	EFD	GUE/ NGL	NI	Sitze gesamt
Belgien	4	4	6	6	0	0	0	1	21
Bulgarien	6	4	4	0	0	0	0	3	17
Dänemark	1	3	3	1	0	4	1	0	13
Deutschland	34	27	4	12	0	0	7	12	96
Estland	1	1	3	1	0	0	0	0	6
Finnland	3	2	4	1	0	2	1	0	13
Frankreich	20	13	7	6	0	0	4	24	74
Griechenland	5	2	0	0	0	0	8	6	21
Irland	4	0	2	1	0	0	3	1	11
Italien	17	31	0	0	0	5	0	20	73
Kroatien	5	3	1	1	1	0	0	0	11
Lettland	4	1	0	2	1	0	0	0	8
Litauen	2	2	3	0	1	2	0	1	11
Luxemburg	3	1	1	1	0	0	0	0	6
Malta	2	4	0	0	0	0	0	0	6
Niederlande	5	3	7	2	1	1	2	5	26
Österreich	5	5	1	3	0	0	0	4	18
Polen	23	5	0	0	19	0	0	4	51
Portugal	7	8	0	0	0	0	4	2	21
Rumänien	9	16	6	0	0	0	0	1	32
Schweden	4	6	3	3	0	0	1	3	20
Slowakei	6	4	1	0	1	0	0	1	13
Slowenien	5	1	1	0	0	0	0	1	8
Spanien	17	14	2	5	0	0	5	11	54
Tschechien	7	4	4	0	2	0	3	1	21
Ungarn	12	4	0	2	0	0	0	3	21
UK	0	20	1	6	20	24	1	1	73
Zypern	2	2	0	0	0	0	2	0	6
EP Gesamt	213	190	64	53	46	38	42	105	751

Quelle: Europäisches Parlament